

P
R
E
S
S
H
O
M
E

Symposium at the
Alice Salomon University
of Applied Sciences

Bilgi Özgürlüğü Baskı Altında

Azadiya Zanistê di bin Zextê de ye

Informationsfreiheit unter Druck

حرية المعلومات تحت الضغط

Libertad de Información bajo presión

Freedom of Information under Pressure



Alice Salomon Hochschule Berlin
University of Applied Sciences
Venue: Alice-Salomon-Platz 5
12627 Berlin

Titelfoto: Murat Bay
Commemoration in January 2015 of the murder of the
Armenian-Turkish journalist Hrant Dink by a Turkish nationalist, 19th of January 2007.

Inhaltsverzeichnis:

Editorial – Ulrike Hemberger	3
Informationsfreiheit unter Druck – Andrea Plöger	5
Academics for Peace - Muzaffer Kaya	10
"Will the Revolution be televised?" - Christian Schröder	14
Presse- und Informationsfreiheit in der "neuen Türkei" – Fehmi Katar	19
"Kann ich nicht irgendwas machen, um aus der Rolle des Beschallten irgendwie raus zu kommen?"	
Interview mit Tobias Häußler	22
Gegenöffentlichkeit und Widerstand gegen die Repression des Staates in der Türkei – Johanna Bröse	25
Eine andere Kommunikation ist möglich. Die Entwicklung eines transnationalen Netzwerks freier Medien	
Ein Gespräch mit Rita Freire – Christian Schröder	28

Einleitung

Ulrike Hemberger

Zu Herausforderungen und Umgangsweisen mit medialer Berichterstattung in autoritären Regimen fand im Juni 2017 ein Symposium „Informationsfreiheit unter Druck“ an der Alice Salomon Hochschule, Berlin statt. Türkische und deutsche Journalist*innen, Menschenrechtsaktivist*innen, Sozialwissenschaftler*innen und Studierende sprachen über die Situation in der Türkei, um zu verstehen, wie repressive Regimes Druck auf Kritiker*innen ausüben und um zu diskutieren, wie darauf – auch im Sinne einer länderübergreifenden solidarischen Unterstützung – reagiert werden kann.

Es gab Vorträge von türkischen, türkisch-kurdischen und deutschen Journalist*innen und Akademiker*innen, sowie von Menschen, die sich für Presse- und Informationsfreiheit engagieren und aktivistisch oder beruflich mit dem Thema verbunden sind. Im Folgenden werden hier einige dieser Positionen, zusammengestellt. Gemeinsam ist diesen Analysen, dass sie die große Bedeutung, die diese Freiheiten für Demokratien haben, betonen und sich dafür einsetzen, die aktuellen demokratiebedrohenden Dynamiken zu analysieren und auf Handlungsmöglichkeiten zur Verteidigung und Weiterentwicklung von Freiheits-, und Menschenrechten aufmerksam zu machen.

Aktuelle Verbots- und Verhaftungsfälle in der Türkei nimmt Andrea Plöger zum Anlass um die weltweite

Entwicklung sich immer stärker medialisierender und kommerzialisierender Öffentlichkeitsformen zu skizzieren. Nach den im weltweiten Protestzyklus zwischen 2010 und 2013 entstandenen "Networked Social Movements" skizziert sie Formen ihrer Zerschlagung und die daraus folgenden Bedrohungen demokratischer Entscheidungsfindung. Hier werden auch direkte Bezüge zur Bedeutung dieser Entwicklungen für die Soziale Arbeit als Menschenrechtsprofession hergestellt.

Im Artikel *Will the Revolution not be Televised?* untersucht Christian Schröder Chancen und Gefahren digitaler Kommunikationsentwicklung für soziale Bewegungen und Proteste. Angesichts von Entwicklungen wie *Filterblasen*, *Fake-News*, *Targeting* u.a. ist die gesellschaftliche Befähigung, vom eigenen Recht auf Kommunikation Gebrauch zu machen eine für Demokratien essenzielle Bildungsaufgabe. Soziale Arbeit ist hier aufgefordert ihr politisches Mandat zu schärfen und weiter zu entwickeln.

Anhand des Falls der türkischen Friedensinitiative ‚Academics for Peace‘ beschreibt Muzaffer Kaya, wie Erdogans Machtpolitik seit 2015 die Kette von Gewalt und Krieg wieder anheizte und bis heute jegliche oppositionelle Bewegung immer stärker unterdrückt. Dies zeigt sich in der Zerschlagung der Sozialen Bewegungen - die gerade im Begriff waren -, friedensbildende Kommunikation und Innovationen

zur Demokratisierung der türkischen Gesellschaft auf den Weg zu bringen, wie auch in der Verfolgung und Vertreibung ‚unliebsamer‘ Personen, der Bombardierung kurdischer Städte und vielen anderen Menschenrechtsverletzungen. Diese immer weiter eskalierende Entwicklung wird aus drei Perspektiven als Faschisierungsprozess charakterisiert – aus der des betroffenen Wissenschaftlers Kaya, der des ebenfalls aus der Türkei geflohenen Journalisten und ehemaligen Studenten der ASH, Fehmi Katar und der der deutschen Sozialwissenschaftlerin und freien Journalistin Johanna Bröse. Sie appellieren an alle auch außerhalb der Türkei Lebenden, den starken demokratischen Widerstand in der Türkei wahrzunehmen, ihm größere öffentliche Aufmerksamkeit zu verschaffen und ihn zu unterstützen. Denn die beschriebenen Entwicklungen massiver und Gesellschaften strukturell durchziehender Bedrohung von Menschen- und Freiheitsrechten sind ein globales Phänomen. Sie bedrohen uns uns alle.

Im Interview zum Workshop *Ad-Busting praktisches Know-how für intellektuelle Selbstverteidigung und ge-*

gen visuelle Fremdbestimmung spricht der ASH Studierende Tobias Häußler darüber, wie Bezüge zwischen Kommunikationsrechten und Sozialer Arbeit hergestellt werden konnten.

Die 2015 verabschiedete *Charta der freien Medien* bot für das Symposium an der ASH einen wichtigen Impuls. Auf diese globalen Entwicklungen reagierend, gründete sich 2001 im Rahmen des Weltsozialforums ein transnationales *Netzwerk freier Medien*, dessen Diskussionsstränge, Organisationsstrukturen und Aktionsfelder Christan Schröder nachzeichnet.

Im letzten Beitrag *Eine andere Kommunikation ist möglich. Die Entwicklung eines transnationalen Netzwerks freier Medien – Ein Gespräch mit Rita Freire* hat Christian Schröder eine der Mitbegründer*innen des Weltforums der Freien Medien, die brasilianische Journalistin Rita Freire, zum Stand der Bewegungen und des Weltsozialforums nach dem Coup in Brasilien befragt.

Ulrike Hemberger, Prof. für Soziale Kulturarbeit - Film und Medienpädagogik, ASH Berlin



Bilgi Özgürlüğü Baskı Altında Informationsfreiheit unter Druck

Libertad de Información bajo presión

Freedom of Information under Pressure

حرية المعلومات تحت الضغط Azadiya Zanistê di bin Zextê de ye

Andrea Plöger

Unter dem zum Symposium eingeladenen Wissenschaftler*innen, Journalist*innen, Medienaktivist*innen und Sozialarbeiter*innen, die sich zwischen der Türkei und Deutschland bewegen und in beiden Kontexten zuhause sind, waren auch eine Vertreterin von Reporter ohne Grenzen und eine Vertreterin des *Weltforums der Freien Medien*.

Das ebenfalls eingeladene Frauenmedienkollektiv *Gazete Şûjin* aus Diyarbakir konnte keine Vertreterin schicken, da ein Visum mit der Begründung verweigert wurde, dass das Medium bereits mehrfach verboten worden sei, was auch kurz nach dem Symposium erneut der Fall war.

Şûjin gründete sich im Dezember 2016 und wurde aufgrund eines Erlasses im Rahmen der Erklärung des Ausnahmezustandes im August 2017 geschlossen. In ihrer ersten E-Mail, einer Antwort auf unsere Einladung, schrieb eine der Journalistinnen: "die Medienfreiheit wollt ihr verteidigen, aber um die Journalist*innen kümmert ihr euch nicht". Sie schreibt weiter: "In einer Welt, in der Frauen gesagt wird, dass sie ruhig sein sollen, wollen wir mit unserem "packing needle journalism" die Stimme der Frauen in den Medien sein. In unserem Magazin überschreiten wir bewusst die Gren-

zen, die die Medien oder andere für eine akzeptable Frauenrolle vorsehen. [...] Wir sind daher oftmals bedroht worden und unsere journalistische Arbeit wird immer wieder behindert [...] aber oftmals waren wir eine wichtige Quelle aktueller Nachrichten, wenn andere Magazine geschlossen wurden."

SMS vom Präsidenten um Mitternacht

Auf dem Pressefreiheit Index von Reporter ohne Grenzen ist die Türkei von Platz 102 im Jahr 2008 auf Platz 155 im Jahr 2017 abgerutscht. Gegen die Definition von den "Feinden der Türkei" im Inneren gibt es wenig lautstarke Kritik¹. Indem echte und vermeintliche Gülen Anhänger*innen, jene, die über den Genozid an den Armenier*innen sprechen, LGBT*Q, Feministinnen und solche, die es ablehnen von ihrem Präsidenten nachts per SMS zur Abstimmung für eine Verfassungs-

¹ Stattdessen blüht der Handel mit der Türkei wie nie zuvor, das Handelsvolumen hat sich in den letzten 10 Jahren verdoppelt. Drei Milliarden sind bereits im Rahmen des "Flüchtlingsabkommens" an die Türkei gezahlt worden. Es drängt sich der Eindruck auf, dass eine autoritäre und Krieg im Inneren wie im Äußeren führende Türkei besser in die EU passt als das Land, das sich noch vor 10 Jahren im Aufbruch befand und in dem der Dialog mit allen jenen, die nun zu Volksfeinden erklärt werden, gesucht wurde.

änderung aufgefordert zu werden², bedroht werden, dient dies in der Quintessenz einer Unterdrückung aller, die einfach nicht die Menschenrechte als Sekundärtugenden hinter der Vaterlandsliebe sehen wollen. Dies ist keine Entwicklung, die sich auf Verhältnisse in einem Land wie der Türkei beschränkt, in vielen Staaten der Welt können Menschen ihr in Artikel 19 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte³ festgeschriebenes Recht auf Meinungs- und Informationsfreiheit nicht ohne Gefahr in Anspruch nehmen. Das bedeutet auch, dass Menschenrechtsverletzungen nicht mehr an eine breitere Öffentlichkeit kommuniziert werden können und Formate wie *Şûjin*, die sich für die Rechte von Frauen und Kindern und Opfern des Krieges im Nordosten des Landes einsetzen, in ihrer Existenz bedroht sind. Neben der direkten Repression gegen Journalist*innen und einer direkten Bedrohung von Presse- und Meinungsfreiheit, lassen sich gerade auch die Folgen einer Subsumierung von Medien und ihren Inhalten unter die Mechanismen des Marktes, erfahren.

Informationen als Ware

Nach den Kämpfen um Unabhängigkeit im Globalen Süden in den 1960er Jahren, entspannt sich eine Debatte um Kommunikationsrechte im Rahmen der *Nations Educational, Scientific and Cultural Organization* (UNESCO), in der die Staaten des Globalen Südens für sich das Recht in Anspruch nehmen wollten, ihren eigenen Mediensektor aufzubauen ohne (neo-)koloniale Einmischung seitens der Länder des Globalen Nordens. Angestoßen durch diese Debatte erschien 1980

der von der UNESCO in Auftrag gegebene *MacBride Report* (Titel: "Many Voices, One World"), der den Einfluss des Globalen Nordens auf Medien und ihre Inhalte begrenzen sollte - zugunsten einer eigenständigen Entwicklung von Mediensektoren in den Ländern des Globalen Südens. 1984 verließen die USA die UNESCO und platzierten ab 1986 Medieninhalte erfolgreich in den Verhandlungen auf Ebene der *World Trade Organization* (WTO) und den *General Agreement on Trade and Services* (GATS) Runden⁴. Dem Geist des Neoliberalismus folgend sollten fortan auch Medieninhalte und Mediensektoren durch die ordnende Hand des freien Marktes bestimmt werden.

Die Folgen waren eine rasante Kommerzialisierung der Mediensektoren weltweit, die vertikale und horizontale Integration von Medienunternehmen und die Herausbildung von einigen wenigen "global players" Anfang der 1990er Jahre.⁵ Die Medieninhalte betreffend, führte dies vielfach zu einer immanenten Zensur: Programmleiter*innen richteten sich gegen allzu kritische und deprimierende Inhalte, um Werbekunden nicht zu verschrecken und Firmen nahmen Einfluss auf die Programmgestaltung, der von ihnen erworbenen Medienformate, Unterhaltung und Information verschmolzen mitunter zu "Infotainment". Die Funktion der Medien für die öffentliche Sphäre und damit das Gelingen demokratischer Prozesse kann so kaum mehr erfüllt werden (vgl. auch Vorwort (1990) von Jürgen Habermas zur Neuauflage seines Buches von 1962 "Strukturwandel der Öffentlichkeit").

2 SMS des türkischen Präsidenten, Recep Tyyip Erdoğan, an alle Mobiltelefone mit Turkcell und Vodafone Vertrag in der Türkei kurz nach Mitternacht am 16.7.2016: "Als Ihr Präsident gratuliere ich Ihnen am 15. Juli zum Tag der Demokratie und der Nationalen Einheit. Möge Gott Erbarmen mit unseren Märtyrern haben. Ich wünsche unseren Veteranen Gesundheit und Wohlbefinden."

3 § 19: "Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäußerung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten".

4 1986 wurde der audiovisuelle Sektor erstmals in die Verhandlungen zur Liberalisierung des Welthandels in der so genannten Uruguay Runde, wo aus dem "General Agreement on Tariffs and Trade" (GATT) erstmals das "General Agreement on Trade and Services" (GATS) wurde, also Dienstleistungen generell in die Verhandlungen mit einbezogen wurden.

5 Die vier einflussreichsten und umsatzstärksten Medienunternehmen waren zu Beginn der 1990er Jahre Disney, Time Warner, News Corporation (mit u.a. Fox News), Bertelsmann und Vivendi, alle hatten ihren Hauptsitz entweder in den USA oder Europa.

Digitalisierung als Chance für die Durchsetzung von Kommunikationsrechten

Zur selben Zeit richteten sich die Hoffnungen von Medienaktivist*innen und Journalist*innen sowie sozialen Bewegungen zunehmend auf das sich – vor allem im Globalen Norden – rasant verbreitende Internet. Als "two – way medium" sei es geeigneter als jedes Medium zuvor, die Partizipation und damit letztlich auch die Demokratie in einer Art virtueller Agora, einer Art "tele-democracy" (Arterton 1987) zu fördern. Als das für rein militärische Zwecke entwickelte Medium im Globalen Norden und den Zentren in den 1990er Jahren zu einem Massenmedium wurde, setzten viele emanzipatorische Kräfte auf dieses Medium. Das Internet bot auch sozialen Bewegungen, die kaum über Ressourcen verfügten, einen Resonanzraum für die Verbreitung ihrer Anliegen und ein Forum für den Austausch mit Aktivist*innen aus aller Welt. Eine Zensur von unliebsamen Medieninhalten seitens von Regierungen bzw. Unternehmen erschien in diesem Medium als schwierig. Doch bereits kurz nach der Einführung des Internets als Massenmedium, gab es Bestrebungen, nun auch die digitalen Medien für kommerzielle Interessen nutzbar zu machen und nach ihren Wirkungsmechanismen zu formen⁶.

Der Protestzyklus von 2011

Als Ende 2010 der so genannte *Arabische Frühling* begann, waren die Proteste in Bahrain, Tunesien, Ägypten, im Jemen, in Syrien und Libyen der Auftakt für einen Protestzyklus, zu dem auch die *Occupy* Bewegung, die Anti-Austeritätsproteste in vielen europäischen Ländern, die Proteste gegen eine autoritäre und korrupte Regierung wie im Senegal, in Kamerun

6 1994 entwarf der neoliberale US-amerikanische Think Tank *The Progress & Freedom Foundation* eine *Magna Carta for the Knowledge Age*, in der bereits die Kommerzialisierung des Internets und eine weitere Deregulierung des Mediensektors beschworen wurden. Im selben Jahr wurden auch auf Ebene der Europäischen Union mit dem *Bangemann Report* Empfehlungen für den Europäischen Rat formuliert, die die Digitalisierung als Auftakt zu einer weiteren Deregulierung begreifen.

und in der DR Kongo und weltweit ähnliche soziale Bewegungen und Proteste in über 60 Ländern im Jahr 2011 zu rechnen sind. Zentrale Anliegen waren das Recht auf ein Leben in Würde (mit der Möglichkeit von seiner Arbeit leben zu können), die Umsetzung von Gestaltungs- und Mitspracherechten in der Demokratie, wozu auch Kommunikationsrechte zählen. Der Erfindungsreichtum der Aktivist*innen, die soziale Medien gegen Zensur und Repression in Stellung brachten, war eines der hervorstechenden Merkmale dieses weltweiten Protestzyklus der auch daher als "Networked Social Movements" (Castells 2012) betitelten Bewegungen.

2013 entwickelten sich in Istanbul – aus ähnlichen Motiven – die *Gezi Park* Proteste, die geplante Vernichtung eines Parks im Stadtzentrum von Istanbul zugunsten einer weiteren Shopping Mall war der Auslöser für eine weiter gefasste Kritik an Korruption, einem autokratischen Politikstil und der Unterdrückung von Diversität in der Gesellschaft. Auch die *Gezi Park* Proteste brachten verschiedene *Citizen Media* hervor und bedienten sich alternativer und sozialer Medien.

Filterblasen, Trolle, Hate Speech und Targeting

Diese "Networked Social Movements", die Hoffnungen auf mehr Partizipation, mehr soziale Gerechtigkeit, weniger Willkür, Korruption und Autokratie genähert hatten, wurden in vielen Staaten zerschlagen. In Libyen, im Jemen und in Syrien herrscht seitdem Krieg. Journalist*innen und Aktivist*innen der Bewegungen sind gestorben, geflohen und werden weiterhin gefangen genommen, getötet und gefoltert. Die westlichen Staaten, die ihnen anfänglich applaudiert hatten, haben ihre Grenzen weitestgehend für sie geschlossen.

Die Anzeichen, dass Regierungen weltweit viel aus dem Arabischen Frühling und der kreativen Nutzung von sozialen Medien durch Aktivist*innen gelernt haben und einer solchen Nutzung inzwischen einen Riegel vorgeschoben haben, mehren sich. Mit den "Snowden

Revelations" konnte die interessierte Öffentlichkeit 2013 erstmals das Ausmaß der Überwachung der digitalen Kommunikation überblicken – in diesem Fall einer Überwachung im Auftrag der *National Security Alliance* (NSA) der USA. Was weniger bekannt ist, ist was Internetkonzerne mit ihrer Macht anfangen, die vor allem darin besteht, dass sie Informationen über einen großen Teil der Weltbevölkerung haben und gleichzeitig einem großen Teil der Weltbevölkerung Informationen nach ihren eigenen Kriterien zur Verfügung stellen, bzw. so das "Targeting", eine passgenaue Werbung für die Internetnutzer*innen, erst ermöglichen.

Bei den letzten Wahlen war in vielen Ländern, darunter auch den USA und Deutschland, zu beobachten, dass so genannte Filterblasen, Trolle und Enthüllungen über Plattformen wie *wikileaks* inzwischen Mittel der politischen Einflussnahme geworden sind. Und noch eine Wendung ließ sich in diesen Wahlkämpfen ausmachen: Kritik an Medienmacht kommt nicht mehr als Debatte um Gegenöffentlichkeit (Negt und Kluge: 1972) und für ein Ergreifen des Wortes und die Aneignung von Medien(formaten) (Enzensberger: 1970) daher, sondern als Denunziation von Medien als "Systemmedien" und "Lügenpresse". In einigen Ländern, die auf dem Pressefreiheit Index von *Reporter ohne Grenzen* auf den oberen Plätzen stehen, wurde von rechtspopulistischen Bewegungen in letzter Zeit die Abschaffung der öffentlich-rechtlichen Medien gefordert bzw. die Einstellung einer staatlichen Förderung von Medien.

Was heißt das für die, die die Pressefreiheit verteidigen wollen, die einen internationalistische Perspektive verfolgen und die gegen die Platzierung von Medienhalten in Freihandelsrunden und für einen gleichberechtigten Zugang von Globalem Süden und Norden, für eine De-Kommerzialisierung und Re-Kommunalisierung von Medien, insbesondere der digitalen Medien, eintreten? Und warum sollten sich (angehende) Sozialarbeiter*innen dafür interessieren?

Warum sollte die Soziale Arbeit sich für Kommunikationsrechte interessieren?

Die Nivellierung der Trennung von "Sender" und "Receiver" birgt eine Menge an Chancen für Partizipation und Teilhabe in demokratischen Gesellschaften – auch was die Soziale Arbeit betrifft. Chancen, die nicht nur in der Verwaltung liegen, sondern auch in der Sozialen Kulturarbeit und in allen Bereichen, in denen Kommunikation von Bedeutung ist. Während aber immer mehr Bereiche in der Sozialen Arbeit die Potenziale digitaler Medien entdecken und nutzen, sind die gesellschaftlichen Auswirkungen der "Mediatisierung" (Krotz: 2012) noch kaum Gegenstand von professionsinternen Diskussionen. Kutscher, Ley und Seelmeyer (2016:6) stellen fest, dass von einer "zwischen Techniqueuphorie und –skepsis changierenden – Techniknaivität der Praxis und einer parallelen Technikblindheit der Forschung in der Sozialen Arbeit gesprochen werde".

Zu einem Ansatz Kritischer Sozialer Arbeit zählt auch ein empirisch abgesichertes und sozialarbeiterische Praxis reflektierendes Verständnis für die Folgen der Mediatisierungsprozesse in der Lebenswelt und im Alltag sowie deren Wechselwirkungen. Dies gilt insbesondere mit zunehmender sozialer Ungleichheit.

Interessant für ein solches Verständnis Sozialer Arbeit sind auch alternative Medien als Artikulationen von Dissens bzw. "Divergenz [...] infolge des Ausgesetztseins unter Strukturen sozialer Ungleichheit" (vgl. Steiner 2016:26). *Citizen Media* - wie sie sich etwa anlässlich der *Gezi Park* Proteste formierten, können diese Funktion erfüllen. *Community Media* Formate (siehe auch *Indigenous Media*, *Participatory Video* und *Community Radio*) dienen marginalisierten Gruppen oftmals dazu, eine interne Kommunikation zu ermöglichen und die Community zu stärken bzw. einer verzerrenden oder ausgeblendeten Repräsentation entgegen zu treten. *Witness/Human Rights Video* kann helfen, Menschenrechtsverletzungen öffentlich zu machen und damit auch justitiabel zu machen. Bei allen diesen – divergenten – Gebrauchsformen

von Medien, spielt das Recht auf die Wahrnehmung von Kommunikationsrechten und die Meinungs- und Pressefreiheit eine grundlegende Rolle.

Vielleicht wird in Zukunft in der Sozialen Arbeit neben der Frage der sozialen Ungleichheit und des damit einhergehenden mangelhaften Zugangs zu qualitativ hochwertigen Informations- und Bildungsangeboten (digital und analog) auch die Frage nach dem Recht auf ein gelegentliches Abschalten von Medienangeboten⁷ formuliert werden müssen. Wenn den öffentlich-rechtlichen Medien Ressourcen entzogen werden bzw. die Kommerzialisierung von Mediensektoren unwidersprochen bleibt, dann wird der Zugang zu Informationen und Kommunikationsmitteln wie *Community Media* ein Luxus, den sich gerade diejenigen, die bereits marginalisiert sind, nicht leisten können. Daher muss die Profession sich damit befassen und Medien als wichtige Tools begreifen lernen. Und daher ist eine Soziale Arbeit, die sich als Menschenrechtsprofession versteht, auch eine Profession, die sich für die Einhaltung und Ausweitung des Artikels 19 der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte* einsetzen sollte.

Bibliographie:

Aterton, Christopher F. (1988). *Can Technology Protect Democracy?* In: Bulletin of Science, Technology & Society, Volume: 8 issue, Newbury Park: Sage Publications, pp. 336ff.

Castells, Manuel (2012). *Networks of Outrage and Hope. Social Movements in the Internet Age*. Cambridge: Polity Press.

Enzensberger, Hans Magnus (1970). *Baukasten zu einer Theorie der Medien*. In: Kursbuch 20, S. 159–186.

Habermas, Jürgen (1990 [1962]). *Strukturwandel der Öffentlichkeit*. Frankfurt: Suhrkamp.

Krotz, Friedrich (2001). *Die Mediatisierung kommunikativen Handelns. Der Wandel von Alltag und sozialen*

⁷ Insbesondere da diese die vor allem dann "gratis" sind, wenn auf die/ den Nutzer*in zugeschnittene Werbeangebote akzeptiert werden.

Beziehungen, Kultur und Gesellschaft durch die Medien. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Kutscher, Nadia und Ley, Thomas und Seelmeyer, Udo (2016). *Mediatisierung (in) der Sozialen Arbeit. Einleitung*. In: Kutscher/ Ley/ Seelmeyer (Hrsg). *Mediatisierung (in) der Sozialen Arbeit*. Baltmannsweiler: SchneiderVerlag, S.3-18.

Negt, Oskar Negt und Kluge, Alexander (1972). *Öffentlichkeit und Erfahrung*. Frankfurt: Suhrkamp.

Reporter ohne Grenzen (2018). *Barometer. Journalisten in Haft*. <https://www.reporter-ohne-grenzen.de/barometer/2018/journalisten-in-haft/> Zugriff: 26.2.2018.

Reporter ohne Grenzen (2018). *Rangliste der Pressefreiheit 2017*. <https://www.reporter-ohne-grenzen.de/rangliste/2017/> Zugriff: 26.2.2018.

Reporter ohne Grenzen (2009). *Rangliste der Pressefreiheit 2008*. <https://www.reporter-ohne-grenzen.de/rangliste/archiv/> Zugriff: 26.2.2018.

Steiner, Oliver (2016). *Widersprüche der Mediatisierung Sozialer Arbeit*. In: Kutscher/ Ley/ Seelmeyer (Hrsg). *Mediatisierung (in) der Sozialen Arbeit*. Baltmannsweiler: Schneider Verlag, S. 19-38.

Süddeutsche Zeitung online (2017). Erdoğan schickt Türken Sprachnachricht aufs Handy. 16.7.2017.<http://www.sueddeutsche.de/politik/tuerkei-erdoan-schickt-tuerken-sprachnachricht-aufs-handy-1.3589617> Zugriff: 26.2.2018.

UNESCO International Commission for the Study of Communication Problems (1980). *Many Voices, One World. Towards a new more just and more efficient world information and communication order*. London/ New York/ Paris: Kogan Page, Unipub, Unesco, Anchor Press.

Dr. Andrea Plöger, Dozentin an der ASH, Videoaktivistin und Dokumentarfilmemacherin u.a. beim Weltforum der Freien Medien, timecode e.V. und *Afrique-Eurpe-Interact*.

THE FREEDOM OF SPEECH IN TURKEY: THE CASE OF ACADEMICS FOR PEACE

Muzaffer Kaya

In this short speech, I would like to talk about the case of Academics for Peace in Turkey, as a good example, to show the current situation of the Turkish academy and freedom of expression in Turkey. First, I will briefly give information on how the Academics for Peace Initiative has started. After that, I will talk about what we have faced after the declaration of the peace petition. And lastly, I will conclude with a general evaluation.

The Academics for Peace initiative was formed by scholars who came together during the hunger strikes of the Kurdish political prisoners in November 2012. The Kurdish political prisoners mainly had two demands: first to end the solitary confinement of the Kurdish Leader Abdullah Ocalan, and second to make the Kurdish language official in the public institutions. During that period, some groups of academics declared themselves as Academics for Peace (BAK) by publishing a declaration. In this declaration signed by 264 scholars from over fifty universities, it was stated that the demands of prisoners were right and legitimate, and the scholars in BAK would discuss the demands of the political prisoners in their lectures, at the conferences they attend and in their articles, until these requests were fulfilled by the government. We can see that declaration as the starting point for BAK.

Fortunately, the hunger strike ended with a mutual agreement on the sixty eighth day and without any se-

rious harm to the prisoners' life. In January 2013, the so called „solution process" between the Turkish government and the Kurdistan Workers' Party – known as PKK – began. While the peace negotiations were continuing, active members of BAK began to work on producing academic knowledge to contribute to the solution of the Kurdish problem in Turkey. They conducted research on world-wide examples of conflict and negotiation processes, and practices of peace building, for example the experiences in Colombia, South Africa, and Ireland. And of course they presented these studies to the public and official authorities to make the peace process in Turkey run smoothly and to achieve a true and lasting peace.

However, the peace process ended, after the elections held on the seventh of June 2015. In that election, Erdoğan's party AKP lost its majority in the Turkish Parliament which means a big frustration for Tayyip Erdoğan, who aims to get a majority to ensure his one man rule. The success of the HDP, which was founded mainly by the Kurdish movement and Turkish left, stopped Erdoğan's desire for the so called Turkish-type presidential system. There is a ten percent election threshold even today in Turkey and Erdoğan had supposed that HDP could not pass the ten percent threshold in the election. However, HDP surprisingly won 13.8 and passed the election threshold. Since Erdoğan saw that the peace process made

HDP stronger and so he could not achieve his aim of a presidential system, he ended the peace process.

In July 2015, a suicide bomber exploded himself in the cortege of leftist students who were in solidarity with the city of Kobani attacked by ISIS, and that was the most obvious sign of the end of the peace process. After that terrible event, in which more than thirty people were killed and a hundred were injured, Turkey has been dragged into a spiral of violence. The clashes between armed Kurdish militia and Turkish security forces in Kurdish cities increased rapidly.

In August, state security forces declared curfews in several Kurdish cities. These curfews were lasting more than a month and it was 24 hours nonstop. Thus, during these curfews people of these cities could not meet their basic needs, such as food, water, health and education. At the end of 2015, the situation got worse. The Turkish army started to bomb cities with warplanes, battle tanks and artileries. As a result of these curfews and intensive bombardments, many cities were reduced to rubble, hundreds of thousands of people lost their houses and migrated to other cities, more than a hundred civilians including babies, children and elderly people were killed.

The democratic opposition forces of Turkey tried to organize a peace movement against these massacres. However, a peace demonstration in Ankara organized by these political forces which tens of thousands attended, was attacked by a suicide bomber again. Nobody including ISIS has declared responsibility for this massacre. In that horrible event, more than a hundred peace activists, from unions, youth groups, leftist parties, anarchists among other peace activists, were killed and more than five hundreds were injured.

Our petition named as "We Will Not Be a Party to This Crime" came out under these severe circumstances. In the Peace Petition, the massive human rights violations of Turkish security forces in Kurdish cities were heavily criticized and a return to the "peace process" was demanded from the Turkish state.

Not surprisingly, the response of the AKP government was to silence the academics. Erdoğan was very unhappy for the criticism and he called academics 'dark, cruel people' and blamed them of treason and supporting terrorism etc.. After Erdoğan's speech, a massive assault and smear campaign against academics by various forces, including local police, judiciary, university administrations, some ultra-nationalist student groups, media, and various conservative groups was launched. Peace petitioners were blamed and targeted in the pro-government media for days as traitors. Some academics received warning letters, some encountered threatening marks on their office doors and thus had to leave the towns they lived in.

There have been two separate processes going on against the academics. On one hand, there are the disciplinary investigations at universities, initiated by the universities themselves at the prompting of Turkey's Higher Education Council (YÖK). On the other hand, there are criminal investigations at the state level initiated by the persecutors. There have also been detentions and house searches. Moreover, four academics including myself were arrested and jailed for 40 days. The charge was based on the Anti-Terror Law for "doing propaganda in favor of terrorist organization."

This cruel state pressure led to many tragic results, including the Dr. Mehmet Fatih Traş case. A young academic, Dr. Traş, committed suicide after his contract at Çukurova University was terminated and his job ap-

plications to several universities were turned down on the grounds that he is a signatory of peace petition.

The dismissals of academics for peace accelerated under the state of emergency regime after fifteenth of July, 2016. In addition to those dismissed before the coup, 386 BAK members were expelled from public service through State of Emergency decrees, alongside more than a hundred thousand public service employees. Although the state of emergency decrees claim to target the purported followers of Fethullah Gülen, the religious leader accused of plotting against the government, some of the dismissed academics are signatories, renown leftists and union members.

At the moment more than 500 BAK members fired from their universities. The Persecution Office started court cases against hundreds of peace academics accusing them making "terrorist propaganda". And three of them got a prison sentence for one year and three months, but their punishments were postponed for now.

All these unpleasant experiences we have faced show clearly that there is no freedom of expression by no means in Turkey. People were fired, detained, arrested, threatened, forced to leave their homes, just because they signed a petition for peace.

I think we should describe the current developments as the rise of neo-fascism in 21. Century in the Turkish context. As you know, these developments are not peculiar to the Turkey. It is not hard to see the rise of neo-fascisms all over the world, including Europe.

As a last remark, I must add that there is also a strong democratic resistance in Turkey. Democratic forces of Europe should support the anti-fascist resistance in Turkey, since it has inevitable effects on European societies. If Turkey slides into a dictatorship in the hands of Erdoğan, not only the peoples of Turkey but also Europe and the Near East would not be safe.

Dr. Muzaffer Kaya

He was born in İstanbul in 1973. After completing his graduate program in Political Science, he received a Ph.D. in the interdisciplinary program at the Ataturk Institute for Modern Turkey at Bogazici University, in İstanbul in 2013. He is specialized in urban sociology and social movements in modern Turkey. He also has experience in designing and teaching courses on the history of the late Ottoman Empire and modern Turkey. He has been a scholar at Social Service Department at Nişantaşı University before he was discharged for signing the peace petition, calling to stop the human rights violations in Southeastern Turkey. At the moment, he is a fellow of Friedrich Ebert Foundation in the Center for Metropolitan Studies, at TU Berlin. Currently, he is working on a project about the immigrant community from Turkey in Berlin. His research project aims to examine the political polarization processes within the Turkish community of Berlin in relation to the political developments in Turkey, and the socio-spatial transformations in Berlin from the 1960s to the present.



Public Demonstration. Court case against Academics for Peace in İstanbul in 2016. <https://barisicinakademisyenler.net>



Silivri Prison where the author and a colleague were imprisoned. A solidarity action. <https://barisicinakademisyenler.net>



In ihrem Song (1969) macht Gil Scott-Heron einen Unterschied zwischen denjenigen auf, die vor ihren Fernsehern sitzen und passiv politische Entwicklungen konsumieren und denjenigen, die ihren Unmut über soziale Missstände aktiv auf die Straße tragen und kundtun. Letztere, die Aktivist*innen, tauchen jedoch in einer vom Fernsehen dominierten Berichterstattungskultur selten auf und so kommt es, dass die Gruppe der "Passiven" nichts von der Gruppe der "Aktiven" erfährt. Die Medien verschweigen den Protest – "The Revolution Will Not Be Televised".

Das Verhältnis zwischen Medien und Protest ist in der Tat zweischneidig. Zum einen versucht Protest in die Medien zu gelangen, um dort weitere Akteure von ihrem Protestanliegen zu überzeugen und schließlich politische Veränderungen zu bewirken oder zu verhindern. Jede Gruppierung richtet daher ihren Protest stets sowohl an die Protestgegner*innen als auch an eine breitere Öffentlichkeit, die in der Regel durch Journalist*innen vor Ort repräsentiert werden. Erfolgreicher Protest – so könnte man schlussfolgern – braucht eine mediale Inszenierung, die es in die Massenmedien schafft und einen Diskurs anstößt. Mittels medialer Inszenierung können Protestbewegungen ihre Themen auf die politische Agenda setzen, darü-

"Will the Revolution Not Be Televised?"

Christian Schröder

ber weitere Anhänger*innen mobilisieren und letztlich politische Reformen anstoßen.

Wie Protestthemen in die Massenmedien und die politische Agenda gelangen

Fallbeispiele die davon Kunde tun, wie Protestgruppen ihr Anliegen in die breite Öffentlichkeit tragen, gibt es zahlreich. In Russland hat es beispielsweise die Gruppe "Pussy Riot" geschafft, weltweit mediale Aufmerksamkeit durch künstlerische Auftritte zu erlangen. Die Strick-Sturmhauben, die sie bei ihren Auftritten tragen, sind zum Symbol des Widerstandes avanciert und sorgen für den medialen Wiedererkennungswert der Gruppe. Ihr Protest gegen eine repressive und frauenunterdrückende Politik hatten Haftstrafen zur Folge. Einige der Anhängerinnen sind seitdem untergetaucht, andere machen trotz (drohender) Gefangenschaft und Straflager weiter. So wurde etwa von Mascha Alechina nicht nur ein erfolgreiches Buch "Riot Days – Tage des Aufstands" publiziert, sondern auch ein drauf basierendes Theaterstück entwickelt, wodurch ihr Protestthema weitere mediale Aufmerksamkeit gewinnen konnte (Alechina 2017). Ein weiteres Beispiel ist das Berliner Kollektiv "Peng!", das mit seinen Aktionen darauf abzielt, größtmögliche mediale Aufmerksamkeit zu erzeugen. Ähn-

lich zur US-amerikanischen Gruppe "Yes Men" arbeitet "Peng!" mit Fake-Inszenierungen, wie etwa der Verleihung eines Fake-Friedenspreises an einen echten Rüstungskonzern.

Für eine solche Mediatisierung und Professionalisierung von Protest, wirbt auch Srdja Popovic in seinem Buch "Protest! Wie man die Mächtigen das Fürchten lehrt". Denn – so argumentiert der Autor – "wer im Zeitalter des Internets und anderer Ablenkungen binnen kurzer Zeit eine Massenbewegung ins Leben rufen will, muss mit Humor arbeiten" (Popovic 2015, S. 10). Ein Protestanliegen solle sich wie eine Marke massenhaft verkaufen. So werden Protestevents geplant und die Wirksamkeit der Inszenierung bis zur Antizipation der potentiellen Schlagzeile auf der Titelseite akribisch geplant. Bewegungen – schreibt Popovic – seien wie Flugzeuge: Ohne Piloten stützen sie ab.

Diese Beispiele verdeutlichen, wie Protestgruppen mit (professionellen) künstlerischen Aktionen auch massenmedial Aufmerksamkeit erzeugen können. Wie dann in den Medien über den Protest berichtet wird, haben die Akteure nicht mehr in der Hand. Scheitern kann eine solche Strategie, Missstände auf diese Weise öffentlich zu machen, etwa wenn der Protest in Ländern stattfindet, in denen die massenmediale Berichterstattung regimegetreu ist. Wirtschaftliche und kommerzielle Überlegungen können genauso wie der Druck seitens einer Regierung dazu führen, dass Medienkonzerne ein Interesse daran haben, die herrschenden Umstände zu stabilisieren und daher kritische Stimmen auszublenden oder zu unterdrücken.

Wie Protestthemen aus der medialen Aufmerksamkeit verschwinden

Auch im digitalen Zeitalter haben "traditionelle" Medien, wie die Printpresse, der Rundfunk und allen voran das Fernsehen, einen wesentlichen Einfluss auf

die politische Meinungsmache. So wirken die sozialen Medien, Facebook, Twitter und u.a., oft wie ein Verstärker für die in traditionellen Nachrichtenagenturen erstellten Inhalte, die über "(Re-)Posts", "Tweets" und "Likes" im Internet weitere Verbreitung finden. Und in vielen Ländern erleben wir eine enge staatliche Kontrolle von Nachrichtenagenturen, die nicht nur Zensur zur Folge hat, sondern auch Hetz- und Verleumdungskampagnen, die sich gezielt gegen Regimekritiker*innen richten, um diese öffentlich zu diskreditieren und auch zu kriminalisieren. Hinzu kommt die staatliche Gewaltausübung gegen überkritischen Köpfen, die offiziell nie aufgrund von Regimekritik erfolgt, sondern oftmals unter dem Deckmantel des Terrorismusverdacht oder fadenscheiniger Gründe ausgeübt wird. Neben der staatlichen Kontrolle kann auch die kommerzielle Logik dazu führen, dass Protestanliegen aus der medialen Aufmerksamkeit verschwinden. Verliert der medieninszenierte Protestevent seinen Entertainmentcharakter und damit seinen kommerziellen Vermarktungswert als Information, so drängen andere Themen wieder in den Fokus; das politische Anliegen droht in der medialen Informationsflut unterzugehen. Politische Anliegen laufen so Gefahr, innerhalb kürzester Zeit diskursiv vernebelt oder systematisch wieder von der Agenda verdrängt zu werden.

Mit dem Internet hat sich nicht nur die Spanne der Aufmerksamkeit, sondern auch ihre Reichweite wesentlich verändert. Zwar ermöglicht das Internet den Kontakt zwischen voneinander weitentfernt lebenden Menschen, aber die Inhalte erscheinen auch zunehmend personalisiert auf unseren Rechnern, Tablets und Smartphones. Dazu berechnen Algorithmen basierend auf den Informationen, die sie über uns generieren können, welche Informationen uns interessieren. Dies führt zu Filterblasen. Auf unseren Bildschirmen flimmern nur jene Meldungen auf, die unsere eigene Meinung

bestätigen, während andere rausgefiltert werden. Im Extremfall führt dies zu einer digitalen Stammtischisierung, an denen die Stammtischmitglieder gefangen in ihren Informationsblasen nur ihre eigenen Meinungen pflegen und reproduzieren.

Nebst dieser automatisierten Filterfunktion werten Algorithmen große Datenmengen – Big Data – aus, um personalisierte Werbeanzeigen zu schalten (O’Neil 2017). Aber nicht nur kommerzielle Interessen können damit bedient werden. Im US-Wahlkampf wurden über youtube Videos publiziert, die nur für eine bestimmte Gruppe an Wähler*innen sichtbar waren. Das gezielte Ansprechen dieser Gruppe sollte nicht etwa politisch überzeugen, eine andere Partei zu wählen, sondern diese Personen davon abbringen überhaupt an der Wahl teilzunehmen. In der Türkei wird von "Trollen" berichtet, die im staatlichen Auftrag in den sozialen Medien Beiträge denunzieren, die sich kritisch gegenüber der Regierung äußern und Nachrichten fälschen. In China ist vermutlich kürzlich das bislang größte Experiment gestartet, über das Medium Internet Kontrolle über die Bürger*innen auszuüben. So wurde bereits in einigen Städten über das sogenannte "Amt für Kreditwürdigkeit" ein Konto für jede*n Einzelne*n eingeführt, auf dem er/sie einen individuellen "social score" auf Grundlage von gesammelten persönlichen Daten erhält. Aufrichtigkeit im Sinne von Systemtreue wird belohnt. Eine schlechte Bewertung wird durch den erschwerten Zugang zu etwa Krediten oder Reisevisa sanktioniert. Die dahinterliegende Idee ist, durch ein digitales Punktesystem, den sozialen Status als gute*r (regimetreuer) Bürger*in und als sozial geächtete*r Außenseiter*in gesellschaftlich zu institutionalisieren. In einer solchen "sanften" Regierungsweise sollen staatliche Gesetze nicht mehr als Zwang empfunden werden, sondern zum innersten Wunsch werden: Jede*r will nur noch das, was er/sie soll.

Vor diesem Hintergrund könnte man schlussfolgern, dass das Ende des Informationsmonopols traditioneller Nachrichtenagenturen nicht dazu geführt hat, dass sich eine Vielfalt von Meinungen ausgebildet hat, die einen Demokratisierungsprozess weltweit beförderten. Das Medium Internet ermöglichte zwar eine massenhafte Mobilisierung, die vermeintliche stabile Diktaturen, wie etwa in Tunesien oder Ägypten zu stürzen vermochte, sie beförderten aber auch etwa die Wahl von Donald Trump als US-amerikanischen Präsidenten. Was also ist Meinungsfreiheit? Ist sie letztlich nur die Freiheit weniger einflussreicher Persönlichkeiten, die ihre Meinung verbreiten?

Warum Freiheit kein Naturgesetz ist

Meinungsfreiheit, Pressefreiheit und auch Wissenschaftsfreiheit sind keine Naturgegebenheiten. Sie sind vielmehr eine Aufgabe für jede*n Einzelnen. In der Türkei und andernorts zeigt sich, wie durch die Kriminalisierung aller Kritisch-Denkender der Rechtsstaat in sich zerfällt. In einigen Ländern hat sich eine staatliche Ordnung so stabilisiert, dass in vielen Köpfen die Meinung vorherrscht, nur der/die Staatschef*in sei in der Lage, für Ordnung zu sorgen. Jede politische Alternative zu diesem*r Staatschef*in scheinen Chaos und Zerfall zu bedeuten. Wie beispielhaft gezeigt wurde, können mit dem Internet leicht neue Überwachungsinstrumente repressiver Staaten entstehen. Andererseits bietet das Internet Aktivist*innen auch eine vereinfachte Form der Kommunikation und Organisation von widerständigen Praktiken und kritischen Stimmen. Selbstverständlich kann es dann nicht um einen sogenannten "entspannten Aktivismus" ("Slacktivismus") gehen. Unter dem Schlagwort "Slacktivismus" wird politischer Aktivismus unter den Generalverdacht gestellt, das Klischee zu erfüllen, die eigene Empörung entspannt zu Hause vor dem Rechner durch einen Facebook-Like zum Ausdruck zu bringen, ohne je selbst etwas riskieren zu müssen.

Unter Bedingungen autoritärer Regime politisch aktiv zu sein, ist mehr als ein "Klick-Revoluturum". Es ist eine doppelte Herausforderung. Zum einen braucht es persönlichen Mut sich trotz drohender Haftstrafen und möglicher physischer und psychischer Gewaltdrohungen kritisch zu äußern. Zum anderen braucht es eine Strategie, um eine glaubwürdige Kritik auch gegen Diskreditierung und Verleumdungskampagnen aufrechtzuerhalten. In Deutschland, der Türkei, den USA und andernorts lässt sich beobachten wie auch als seriös geachtete Berichterstattung von politischen Gruppierungen als "Lügenpresse" und ihre Nachrichten als "alternative facts" verunglimpft werden. In dieser Strategie, kritischen Stimmen ihre Glaubwürdigkeit zu entziehen, geht es nicht mehr um Tatsachen. Ob etwas wahr oder unwahr ist, spielt keine Rolle mehr. Vielmehr werden Fakten so verdreht oder geleugnet, dass sie der eigenen Machtsicherung dienen. In diesen "postfaktischen Zeiten" kann es m.E. auch keine Lösung sein, das Wissenschaftssystem als wahrheitssprechende oder -richtende Instanz in die Verantwortung zu ziehen, um am Ende eine „Scientokratie“ zu errichten. Im Ringen um politische Mehrheiten wird und sollte Politik nicht daran gemessen werden, inwiefern wissenschaftlich generierte Erkenntnis realisiert werden. Vielmehr geht es in den politischen Debatten um Werte und Normen.

Aus diesem Grund ist m.E. jede*r Einzelne gefordert, sich in politischen Debatten einzubringen, um Werte, wie etwa die Menschenrechte, zu verteidigen und einzufordern. Im digitalen Zeitalter, indem jede*r auch ein bisschen Journalist*in in Blogs oder social media sein kann, braucht es die Fähigkeit, "Facts" von "Fakes" zu unterscheiden. Das Vermögen, den Wahrheitsgehalt einer Information einzuschätzen, bedeutet, sich kompetent darüber zu informieren, woher die Information stammt, welche Belege für sie ins Feld geführt werden und wer Interesse an ihrer Verbreitung hat. Dies ist jedoch nur eine Seite der Medaille. Auf der an-

deren Seite kann es nur darum gehen, selbst ein Bewusstsein dafür zu entwickeln, welche Informationen ich selbst auf welcher Grundlage und mit welchem Interesse selbst verfasste und/oder verbreite. Um also erfolgreich politisch aktiv zu sein, braucht es eine gesellschaftliche Befähigung, vom eigenen Recht auf Kommunikation Gebrauch zu machen.

Im Weltsozialforum hat sich dazu ein transnationales Netzwerk gebildet, welches das Recht auf Kommunikation verteidigt und sich damit gegen eine politische oder (massen-)mediale Meinungsmache richtet. Gruppierung wie community radios, freie Fernsehsender, Online-Blogs, Entwickler*innen von freier Software und freien Internet-Netzwerken schaffen eigene Kanäle, um Themen öffentlich zu machen, die sonst in der massenmedialen Berichterstattung verschwiegen und marginalisiert werden.

Welche Rolle kann die Soziale Arbeit einnehmen?

Soziale Arbeit kann in ihrer Rolle als anwaltschaftliche Vertreterin ihrer Adressat*innen verstärkt in Disziplin und Profession dazu beitragen, den Stimmlosen Gehör zu verschaffen. Sie kann sich auf die Seite jener Stellen, die politisch aufgrund kritischer Meinungsäußerungen verfolgt werden. Soziale Arbeit kann auch selbst Räume und Kanäle schaffen, in denen Austausch auch zwischen politisch verfeindeten oder entfremdeten Lagern möglich wird. Sie kann so die Zwietracht, die durch die Stammtischisierung in sozialen Medien gefördert wird, abbauen helfen. Nicht zuletzt kann Soziale Arbeit darin unterstützen, eigene Kommunikationskanäle, wie Stadtteilzeitungen, community radios oder Blogs, aufzubauen, die von den Akteur*innen selbst verwaltet werden. Im Sinne einer genossenschaftlich organisierten "sharing economy" kann Soziale Arbeit auch ihr Handlungsfeld erweitern, indem sie Infrastrukturen schafft, die Nachbarschaftshilfen organisieren helfen oder etwa lokale

Währungen befördern. Solche bereits existierenden Initiativen, die sich auch untereinander vernetzen, be- weisen, dass sich im Internetzeitalter ein Potential ver- birgt, eine solidarische Welt von Morgen aufzubauen. Und dennoch: Soziale Arbeit ist immer beides, staat- liche Kontrollinstanz und anwaltschaftliche Vertre- tung. In diesem doppelten Mandat gefangen, sollten die Ansprüche an Soziale Arbeit m.E. nicht überhöht formuliert werden. Soziale Arbeit kann vielmehr im Hintergrund wichtige Voraussetzungen dafür schaf- fen, dass sich politische Gruppierungen organisieren können (Schröder 2016). Ziel ist es dann, im Sinne eines "citizen journalism", Bürger*innen eine aktive Rolle in der Erstellung und Verbreitung von Infor- mationen einzuräumen. Rezipient*innen werden zu Produzent*innen, die als Teil der Revolution über die- se berichten. Ihre Botschaft lautet: the revolution will be televised.

Bibliographie

Alechina, Maša (2017): Pussy Riot. Tage des Aufstands. 1. Auflage. Berlin: ciconia ciconia.

O'Neil, Cathy (2017): Angriff der Algorithmen. Wie sie Wahlen manipulieren, Berufschancen zerstören und unsere Gesundheit gefährden. Unter Mitarbeit von Karsten Petersen. München: Hanser, Carl.

Popovic, Srdja; Miller, Matthew (2015): Protest! Wie man die Mächtigen das Fürchten lehrt. 1. Aufl. Frank- furt am Main: Fischer Taschenbuch.

Schröder, Christian (2016): Soziale Bewegungen und NGOs. In: Gunther Graßhoff, Hans Günther Homfeldt und Wolfgang Schröder (Hg.): Internationale Soziale Arbeit. Grenzüberschreitende Verflechtungen globale Herausforderungen und transnationale Perspektiven. Weinheim: Beltz Juventa, S. 124–132.

Christian Schroeder ist zurzeit wissenschaftlicher Mitar- beiter am "Institute for Research and Innovation in Social Work, Social Pedagogy and Social Welfare" der Universi- tät Luxemburg und Autor des Buchs: "Das Weltsozialfo- rum. Eine Institution der Globalisierungskritik zwischen Organisation und Bewegung". <http://www.transcript- verlag.de/978-3-8376-2967-5/das-weltsozialforum>

Presse- und Informationsfreiheit in der "neuen Türkei"

Fehmi Katar

"Ich weiß immer noch nicht, warum ich vor einem Jahr verhaftet wurde. Meine Haft hatte genau wie meine Freilassung wenig mit Recht und Gesetz zu tun", sagte Deniz Yücel als er nach einem Jahr Haft aus dem türkischen Gefängnis freigelassen wurde. Die- ses Gefühl haben sehr wahrscheinlich auch die 150 Journalist*innen, die gerade in türkischen Gefäng- nissen sitzen oder die Hundert Weiteren, die inzwi- schen aus der Haft entlassen wurden. Nur einen Tag nachdem Deniz Yücel freigelassen wurde, sind sechs Journalist*innen, darunter auch der Schriftsteller Ah- met Altan¹ und sein Bruder, der Ökonomieprofessor und Autor, Mehmet Altan, die ihr ganzes Leben für die Demokratisierung der Türkei gekämpft haben, zu lebenslanger Haft verurteilt worden.

Zu keinem anderen Zeitpunkt in der Geschichte der türkischen Republik wurde die Presse- und Infor- mationsfreiheit so eingeschränkt wie heute unter Präsi- dent Erdoğan. Die Türkei wird in der internationalen Diskussion fast schon als Synonym für die Einschrän- kung der Pressefreiheit, wie auch der Informations- und Meinungsfreiheit, verwendet. "Obwohl das Recht auf Kommunikation und Meinungsfreiheit schon 1948

¹ Ahmet Altan ist ein bekannter Romanschriftsteller, Essayist und Journalist. Er schrieb jahrelang als Kolumnist für verschiedene türkische Zeitungen. Er war von 2007 bis 2012 Gründungsredakteur der liberalen Tageszeitung Taraf. Ahmet Altan ist einer von der wenigen türkischen Intel- lektuellen, der sich in 1990'ern gegen die Diskriminierung der Kurd*innen und den Völkermord an den Armenier*innen mutig geäußert hat. Sein Bruder Mehmet Altan auch sehr bekannt. Er ist seit 1986 Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Universität Istanbul. Er ist auch Journalist, Autor und Menschenrechtsverteidiger.

gesichert wurde, können bis heute nicht alle Men- schen dieses Recht in Anspruch nehmen", sagte die Aktivistin des Weltforums der Freien Medien (WFFM), Erika Campelo, zur Eröffnung des Symposiums an der ASH. Sie begründete die Bemühungen um alterna- tive Medien seitens des WFFM seit seiner Gründung wie folgt: "Wegen der autokratischen Systeme und der Ökonomisierung der Medien durch neoliberale Monopole wird die Pressefreiheit und das Recht auf Informationen gefährdet". Diese beiden von Campelo benannten Aspekte finden nirgendwo so viel Anwen- dung wie in der Türkei.

Erdoğan hat nicht nur ein zunehmend autokrati- sches Führungsmodell etabliert, sondern auch sein eigenes Medienimperium geschaffen. Durch ihm treue Unternehmer*innen hat er sein sogenanntes "Havuz Medyasi" (Medien Pool) aufgebaut. Die teil- weise durch geleakte Telefongespräche von Erdoğan bekannt gewordene Funktionsweise seines Impe- riums ist sehr einfach: Die seiner Partei, der Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP) treuen Unternehmer*innen kaufen oder gründen Medien, unabhängig davon, ob sie mit diesen Medien Ge- winn machen oder nicht. Im Gegenzug zu dazu er- halten sie Steuerbegünstigungen und werden mit staatlichen Privilegien belohnt².

Die Mainstream-Medien, auch außerhalb von Erdoğan's "Medien Pool", müssen ihre Berichterstattung an

² Quelle: http://www.cumhuriyet.com.tr/haber/turkiye/103021/Havuzda_paralar_boyle_depolandi.html

seine Agenda anpassen. Bis zum letzten Jahr fand diese Anpassung in Form von Selbstzensur aus Angst vor politischer Verfolgung statt, wie durch selbstständig arbeitende Journalist*innen auf dem Symposium berichtet wurde. Seit der türkischen Offensive auf die kurdische Stadt Afrin wird die Medienzensur in der Türkei auf direkte Anweisung hin betrieben. Der türkische Ministerpräsident traf sich am 21.01.2018 mit Eigentümer*innen der türkischen Medien und stellte einen 15-Punkte-Plan als Leitfaden für die Berichterstattung vor. Ein Beispiel: laut der akkreditierten türkischen Medien ist bis jetzt kein*e einzige*r Zivilist*in in Afrin durch die türkische Bombardierung gestorben. Internationale Menschenrechtsorganisationen berichten jedoch von über 150 Zivilist*innen, die bei den Angriffen gestorben sein sollen.

Trotz seines Medienimperiums, trotz massiver Angriffe auf die Pressefreiheit sowie Drohungen und Repressionen, musste Erdoğan spätestens durch die Gezi-Proteste zur Kenntnis nehmen, dass es alternative Wege der Informationsbeschaffung gibt, wie die Vertreterin der Online-Nachrichten-Webseite Sekizdokuz Haber in ihrem Vortrag berichtete. Hunderttausende Menschen haben an den Gezi-Protesten teilgenommen. Während die gesamten Mainstream-Medien zu den Gezi-Protesten die drei Affen spielten, die nichts sehen, nichts hören und nichts sagen, fanden die Proteste eigene Kanäle für ihre Berichte. Über Social Media konnten sich die Protestierenden sowohl organisieren, als auch selbst über ihre Aktionen berichten. Es dauerte nicht lange bis Erdoğan eine Troll-Armee einsetzte. Man geht heute von Tausenden professionellen Erdoğan-Trollen aus, die in den sozialen Medien Beiträge schreiben und deren Strategie es ist, nicht nur Propaganda für ihn und seine Politik zu machen, sondern auch bewusst Informationen, die ihn kritisieren, zu manipulieren. Inzwischen geht man von Hunderten Erdoğan-Trollen auch in Deutschland aus.

Die nach den Gezi-Protesten verstärkte Einschränkung des Presse- und Informationsrechts erreichte mit der türkischen Offensive in Afrin ihren Höhepunkt. In Erdoğan's Türkei werden jetzt nicht nur kritische Medien abgeschaltet. Es wird versucht, jede kritische Stimme zum Schweigen zu bringen oder sie zugunsten des Erdoğan-Regimes zum Reden zu bringen. Allein seit dem türkischen Krieg in Afrin wurden 845 Menschen aufgrund ihrer kritischen Mitteilungen in sozialen Medien und der Teilnahme an Demonstrationen festgenommen. Das Wort "Frieden" ist zurzeit nahezu verboten. Wer sich für "Frieden" ausspricht wird gleich als Terrorist*in bezeichnet. Neu und mit einem eindeutig faschistischen Charakter ist, dass die Erdoğan-Medien und Trolle eine öffentliche Rufmordkampagne gegen namhafte Menschen, u.a. Künstler*innen und Fußballspieler*innen, die sich nicht als Unterstützer*innen der türkischen Offensive auf Afrin geäußert haben, führen.

Die Medien sind nicht der einzige Bereich, in dem die Informations- und Meinungsfreiheit angegriffen wurde. Abgesehen von der Presse gelten die größten Angriffe der Erdoğan-Regierung Lehrer*innen und Akademiker*innen. In vielen Universitäten wurden linke und kurdische Akademiker*innen entlassen und verfolgt (siehe auch: Muzaffer Kaya zu "Academics for Peace" in dieser Broschüre). Um seiner Agenda einer "neuen Türkei" bzw. seinen "neo-osmanischen Traum" durchzusetzen, benutzte Erdoğan den Militärputschversuch vom 15. Juli 2015, welchen er als "Gottes Geschenk" bezeichnete. Dadurch konnte er alle seine Gegner*innen unter Druck setzen.

Trotz dieser vielen Unterdrückungsmechanismen und der Angstmacherei gibt es immer noch zahlreiche Journalist*innen, Akademiker*innen, Arbeiter*innen und Student*innen in der Türkei, die mutig gegen diese repressiven Maßnahmen vorgehen und demonstrieren. Es ist auch selbstverständlich, dass eine

Verbesserung der Situation nicht von außen hervorgerufen werden kann, sondern nur von den Betroffenen selbst, vor allem von denjenigen, die immer noch im Inland leben. Trotzdem ist es gerechtfertigt zu fragen, wie es auch Teilnehmer*innen des Symposiums getan haben, was hier in Deutschland getan werden kann. Wie können von hier aus diese mutigen Menschen unterstützt werden? Jede*r hat sehr wahrscheinlich eine eigene Antwort darauf, aber es muss dabei auf jeden Fall neben den unzähligen sogenannten "schmutzigen Deals" zwischen Ankara und Berlin auch die Vorgehensweise der deutschen Sicherheitsbehörden beachtet werden:

In der letzten Zeit wurden in Deutschland zunehmend Strafverfahren gegen kurdische Aktivist*innen und Menschen, die sich mit der kurdischen Organisationen solidarisieren, geführt. Zuletzt wurde z.B. gegen einen Musiker, der einen Link des Bayerischen Rundfunks auf seiner Facebook teilte, ermittelt³. Sollte dieses skandalöse Vorgehen der Polizei auf keine größere öffentliche Reaktion stoßen, wird auch die Verhaftung von weiteren tausenden Socialmedia-Aktivist*innen in der Türkei niemanden mehr überraschen.

Bibliographie:

Dundar, Can (2014): "Havuzda paralar böyle depolandı", in: http://www.cumhuriyet.com.tr/haber/turkiye/103021/Havuzda_paralar_boyle_depolandi.html (07.08.2014) zuletzt geprüft: 07.03.2018.

Reporters Without Borders (2018): "Turkey demands "patriotic" coverage of military offensive in Syria" in: <https://rsf.org/en/news/turkey-demands-patriotic-coverage-military-offensive-syria>, zuletzt geprüft: 07.03.2018.

Tagesschau (2018): "Keinem hat auch nur die Nase geblutet", in: <https://www.tagesschau.de/ausland/tu->

³ Der Grund der Ermittlung war, dass auf dem Foto des geteilten BR-Artikels eine Fahne der YPG (Yekineyên Parastina Gel) zu sehen war, obwohl die Fahne der YPG nicht per se verboten ist.

erkei-afrin-103~_origin-043edbdba-e4a2-4c42-a4e3-60736b053776.html (22.02.2018), zuletzt geprüft: 07.03.2018.

Yücel, Denis (2016): "Die geheime Troll-Armee des Recep Tayyip Erdogan", in: <https://www.welt.de/politik/ausland/article160177241/Die-geheime-Troll-Armee-des-Recep-Tayyip-Erdogan.html> (13.12.2016), zuletzt geprüft: 07.03.2018.

dokuz8haber (2018): <https://twitter.com/dokuz8haber/status/968038926270296064> (26.02.2018), zuletzt geprüft: 07.03.2018.

Reisenger, Eva und Küçük, Elif (2018): "Operation Olivenzweig: Wie die Türkei Hass gegen die kurdische Bevölkerung schürt", in: <https://ze.tt/operation-olivenzweig-wie-die-tuerkei-tiefen-hass-gegen-die-kurdische-bevoelkerung-schuert/>, (30.01.2018), zuletzt geprüft: 07.03.2018.

Schmidt, Thomas (2018): "Fahne auf Facebook gepostet - und schon im Visier des Staatsschutzes", in: <http://www.sueddeutsche.de/muenchen/ypg-flagge-kurden-fahne-auf-facebook-gepostet-und-schon-im-visier-des-staatsschutzes-1.3888437> (02.03.2018) zuletzt geprüft: 07.03.2018.

Fehmi Katar:

Sozialarbeiter und Journalist.

Er ist 1985 in Sırnak, Nord Kurdistan (Südost-Türkei) geboren. Er hat von 2004 bis 2008 in der Marmara Universität Istanbul studiert. Wegen der politischen Verfolgung ist er in 2010 in die BRD geflüchtet. Er hat in Deutschland Soziale Arbeit an der ASH studiert und macht derzeit einen Master in Praxisforschung Soziale Arbeit und Pädagogik. Zurzeit arbeitet er für die kurdisch-türkisch sprachige Tageszeitung Yeni Ozgur Politika in Deutschland und als Sozialarbeiter im Bereich Asylrecht und Asylverfahren.

"Kann ich nicht irgendwas machen, um aus der Rolle des Beschallten irgendwie raus zu kommen?"

Interview mit Tobias Häußler – Studierender an der ASH

Ziel des zweiten Teils des *Introduction into one field of Cultural, Aesthetic or Media Social Work II Seminars* (Titel: *Theory and Practice of Video Activism and Citizen Journalism and the Struggle for Communication Rights*, Dozentin: Andrea Plöger) war es, das Symposium mitzuorganisieren und sich auf künstlerische Art und Weise einzubringen. So drehten einige Studierende einen Trailer (siehe Symposiums- Blog), andere konzipierten eine Fotoausstellung zum Thema, eine Gruppe entwickelte und füllte den Symposiums Blog (<https://info-conf.wordpress.com/>) und wieder andere moderierten Workshops bzw. begleiteten die Referent*innen, gestalteten Flyer, entwickelten Logos und filmten das Symposium (Blog).

Am Ende war es ziemlich viel Arbeit, es gab aber auch viel zu entdecken, was den Alltag in der Sozialen Arbeit – insbesondere in der Sozialen Kulturarbeit – prägt.

Andrea Plöger: Du hast ja den Workshop "Adbusting" organisiert, könntest Du die Idee und den Inhalt beschreiben?

Tobias Häußler: Ich hatte die Idee, den Adbusting Workshop zu organisieren, da ich den Aspekt von finanzieller Zugänglichkeit von Informationen im

Gesamtthema "Kommunikationsfreiheit in Gefahr" spannend fand und beleuchten wollte. Also die Frage warum sehen wir bestimmte Informationen, wie Werbung von Großkonzernen, so unglaublich häufig jeden Tag, aber andere Informationen schaffen es nur schwer eine breite Masse zu erreichen. Die Frage war quasi: Warum muss ich mich jeden Tag so viel Werbung aussetzen, wovon ein großer Teil auch noch sehr problematische Aspekte enthält (z.B. sexistische Werbung)? Und kann ich nicht irgendwas machen, um aus der passiven Rolle des/der Beschallten irgendwie raus zu kommen?

Andrea Plöger: Hat es Dir neue Horizonte eröffnet?

Tobias Häußler: Es war auf jeden Fall ein sehr interessanter Einblick, wie auf kreative Art und Weise eine Message an die Öffentlichkeit gebracht werden kann. Wir haben einige Beispiele gesehen, wo zum Beispiel im Wahlkampf Wahlplakate kreativ geändert wurden, sodass sie eine Kritik an der Politik enthielten.

Andrea Plöger: Kannst Du einen Bezug zur Sozialen Arbeit sehen bzw. für Dich herstellen?

Tobias Häußler: Ein Aspekt, der von einer teilnehmenden Person genannt wurde, war, dass Einrichtungen der Sozialen Arbeit oft nicht die notwendigen Ressourcen haben, um eine breite Masse zu erreichen. Unter diesem Aspekt war es eine Überlegung, inwieweit Adbusting eine Möglichkeit wäre, um z.B. Missstände, die in der Praxis deutlich werden, bekannter zu machen. Es könnte also dazu beitragen, "Awareness" zu erzeugen.

Andrea Plöger: Kannst Du insgesamt einen Bezug zwischen Sozialer Arbeit und Kommunikationsrechten bzw. Meinungs- und Pressefreiheit sehen?

Tobias Häußler: Ich glaube ein Aspekt, den ich gerade schon genannt habe, ist der Einblick, den die Soziale Arbeit in schwierige Lebensrealitäten täglich bekommt. Die Soziale Arbeit hat es ja quasi täglich mit Geschichten des strukturellen Ausschlusses und des keinen-Zugang-Habens zu tun. Ob und wie diese Erfahrungen in eine klare Kritik formuliert und dann an die Öffentlichkeit gebracht werden können, hängt ganz klar auch

mit Kommunikationsrechten bzw. Presse- und Meinungsfreiheit, zusammen. Denn diese Kritik ist sehr oft eine Kritik am bestehenden politischen System.

Andrea Plöger: Was sollte Deiner Meinung nach in diesem Kontext (noch stärker) behandelt werden?

Tobias Häußler: In diesem Kontext fände ich einen Blick auf die Sicherheit und Macht der Profession Soziale Arbeit unglaublich wichtig. Je sicherer sich die Profession Soziale Arbeit in der Gesellschaft bewegt, desto deutlicher kann sie Kritik äußern. Das kann im Einzelfall konkret heißen: "Muss ich als individuelle Fachkraft in der Sozialen Arbeit Angst um meinen Job haben, wenn ich Missstände in der Einrichtung dokumentiere und an die Öffentlichkeit bringe?" Dort spielen dann auch Gewerkschaften und andere Zusammenschlüsse eine große Rolle, die meiner Meinung nach sehr wichtig sind, damit die Soziale Arbeit einen gesellschaftlichen und politischen Druck erzeugen kann.



Tag der Pressefreiheit am 3.5.2017 - Kundgebung am Brandenburger Tor in Berlin. Fotos von Lianne Moehring und Martin Scriba, Studierende der ASH, fotografiert für eine Fotoausstellung anlässlich des Symposiums.

Gegenöffentlichkeit und Widerstand gegen die Repression des Staates in der Türkei

Johanna Bröse

Die Geschichte des Widerstands in der Türkei ist lang und vielfältig: Von den kraftvollen Demonstrationen der Arbeiter*innen in den 1960er, und vor allem den 1970er Jahren bis zu den heutigen sozialen Widerständen, die sich insbesondere nach den Gezi Park Protesten 2013 zunehmend veränderten. Die von den unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppierungen gemeinsam geteilten Erfahrungen innerhalb dieses Kampfes wurden in der Folge als "Geist von Gezi" bezeichnet: Ökologische Politgruppen begannen, sich mit sozialistischen feministischen Strukturen zusammen zu finden, klassische marxistische Gruppierungen mit Queer-Aktivist*innen, kurdische Linke mit islamischen Antikapitalist*innen und so weiter. Der Taksim-Platz im Herzen von Istanbul wurde dabei wieder einmal zum Symbolort des Widerstands. Identitätspolitik und Klassenpolitik wurden als miteinander verbunden wahrgenommen. Das, was in der Theorie als Intersektionalität behandelt wird, als spezifische Dynamik unterschiedlicher Diskriminierungsformen, wurde hier umgekehrt als übergreifende, praktische Solidarität der Menschen untereinander erlebbar: Ein Auseinandersetzen mit den Erfahrungen von staatlicher Repression und Gewalt gegenüber anderen Gruppen und damit eine geteilte Erkenntnis, gegen

welche Strukturen sich die sozialen und politischen Kämpfe zu richten haben. Sichtbar wurde dies beispielsweise am Pride-Marsch der LGBTQ*-Community in Istanbul im selben Jahr, an dem sich viele Gezi Park-Protestierende anschlossen und die Demonstration mit über 100 000 Teilnehmenden ein sehr wirkungsvolles Signal von Vielfalt und Solidarität setzen konnte. Ein Signal, welches auch den Wahlerfolg des linken Parteibündnisses HDP (*Halkların Demokratik Partisi*) im Folgejahr beflügelte und die Hegemoniekrise des türkischen Staates unter der Herrschaft der AKP (*Adalet ve Kalkınma Partisi*) weiter vertiefte. Blickwechsel: Über dem Taksim wehen im Sommer 2016 hunderte türkische Flaggen mit dem OHAL (*Olağanüstü Hâl Bölge Valiliği*) seit dem Putschversuch im Juli 2016 herrscht im Land auch im erweiterten Sinne Ausnahmezustand. Der in Permanenz geltende Ausnahmezustand mit seinen weitreichenden Dekreten mit Gesetzeskraft ist Hauptmotor eines rapide vorangetriebenen Faschierungsprozesses.¹ Durch die heißen Nächte dröhnen bis spät in der Nacht islamistisch-konservative Hymnen: Der türkische Nationalismus wird mit pathetischen Märschen wie "Unsere

¹ <https://revoltmag.org/articles/zwischen-faschisierung-eliten-zwist-und-widerstand-die-t%C3%BCrkei/>



Minarette sind Bajonette" sowie mit massenhaft in die Höhe gestreckten Wolfsgrüßen gefeiert. In den Mainstream-Medien sind Bilder dieser ekstatischen Volksbeschwörung ununterbrochen auf Sendung. Ebenso in Dauerschleife laufen die wortgewaltigen Reden diverser Politiker*innen, die eine erbarmungslose Härte gegenüber allen "Staatsfeinden" einfordern: Gülen-Anhänger*innen, aber auch alle linken und kritischen Stimmen im Land, insbesondere die kurdischen und alevitischen oppositionellen Minderheiten. In Zeiten der Krise einer immer autoritärer auftretenden Staatsmacht rücken Medien und Wissenschaft ins Zentrum des Schusswechsels.

Sichtbar wird dies in den Medien: Durch ihre Hilfe (exemplarisch hierfür die berühmten Pinguine, die das Staatsfernsehen während der gewaltvollen Gezi-Park-Räumungen sendete) oder ihre Unterdrückung (etwa durch das Verbot von 189 Medienanstalten bis Februar 2018) wird die Polarisierung der Gesellschaft vorangetrieben. Die rechten, antidemokratischen Kräfte werden allgegenwärtig, kritische und linke Stimmen werden zum Schweigen gebracht. Kritischen Journalist*innen gegenüber poltert Erdoğan etwa, dass sie keine Journalist*innen seien, sondern an Bombenlegung und Diebstahl beteiligte Terroristen². Und das sind keine leeren Drohungen: Regimekritische Texte oder Social-Media-Einträge von Beschuldigten reichen aus, um der Terrorpropaganda oder der Mitgliedschaft in einer Terrororganisation beschuldigt und angeklagt zu werden.³ Das Sichtbarmachen von Unrecht ist eine Aufgabe, der nur mit spitzer Feder und einem kühlen Kopf,

2 <http://sendika62.org/2017/09/erdogan-bildiginiz-gibi-hapistekilerin-cogu-gazeteci-degil-bunlar-terorist-446107>

3 Das zeigt auch die aktuelle Verhaftungswelle gegenüber Menschen, die sich kritisch gegenüber dem Angriffskrieg auf Afrin seit Ende Januar geäußert haben. Laut der Webseite turkeypurge.com/845-people-detained-turkey-opposing-afrin-operation-far-data

aber auch mit einem brennenden Herzen und dem Bewusstsein der Gefahren zu bewältigen ist. "Wir werden bis zur letzten Sekunde unsere Übertragung fortsetzen", postet Eyüp Burç, Chefredakteur von imc tv, einem der größten Nachrichtensender der Türkei, als im Oktober 2016 dessen Schließung unmittelbar bevorsteht⁴. Die Redaktion postet auf anderen Kanälen Kurznachrichten und Bilder von sich, wie sie geschlossen auf das Eintreffen der Polizei warten. 319 Journalist*innen wurden seit dem Sommer 2016 verhaftet, wichtige alternative Nachrichtenagenturen wie DIHA (Dicle News Agency) und JINHA (Jin Haber Ajansı) wurden nach zahllosen Zensurversuchen und Hackerangriffen geschlossen, Büroräume und Infrastruktur beschlagnahmt. Sichtbar werden die Zurichtungen der Gesellschaft auch in den Bereichen Bildung und Wissenschaft: Die Veränderungen in der Kultur- und Bildungspolitik zielen auf die Erschaffung und Normalisierung konservativer, autoritär aufgeladener Orientierungen der Menschen. In Erdoğan's Türkei ist kein Platz für kritisches Denken und freie Meinungsäußerung. Aus dem Schulsystem wurden seit dem Militärputsch besonders viele linke und kurdische sowie gewerkschaftlich organisierte Lehrer*innen entlassen. Etwa Semih Özakça, der gemeinsam mit der Wissenschaftlerin Nuriye Gülmen zu den Gallionsfiguren des Widerstands gegen die Entlassungen wurde. Im Bildungsbereich sind die Folgen der Entlassungswelle sehr stark zu spüren: 3000 Schulen, Universitäten und Wohnheime für Studierende wurden geschlossen. Etwa 5800 Wissenschaftler*innen und 30 000 Lehrkräfte haben seit Sommer 2016 ihre Arbeit verloren. Rund 2000 Personen hatten zuvor den Aufruf "Wir werden nicht Teil dieses Verbrechens sein" der Akademiker*innen für den Frieden (*Barış İçin Akademisyenler*) unterzeichnet. Anlass war der

4 <https://neue-debatte.com/2016/09/30/wir-werden-bis-zur-letzten-sekunde-unsere-uebertragung-fortsetzen/>

von der türkischen Regierung im mehrheitlich kurdischen Südosten der Türkei entfesselte Krieg seit Herbst 2015. Es folgte eine Repressionswelle gegen die Friedensakademiker*innen, die immer noch anhält und die durch die Möglichkeiten der OHAL-Gesetzesdekrete immer wieder neues Futter erhält. Einem großen Teil der Unterzeichner*innen wurden die Pässe für ungültig erklärt oder eingezogen, sie wurden daran gehindert, neue Jobs zu finden, physisch und psychisch bedroht und angegriffen, durch Denunziationen und Stigmatisierungen einem "sozialen Tod" ausgesetzt. Zahlreiche Akademiker*innen sind zwischenzeitlich ins Exil gegangen; auch nach Deutschland.⁵ Die massenhafte Entlassung zeitigt bereits jetzt ihre Auswirkungen auf die Wissenschaft: Die Zahl der von türkischen Akademiker*innen produzierten Forschungsergebnisse sank laut einem kürzlich veröffentlichten Bericht im Jahr 2017 um 28 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.⁶ Es kann davon ausgegangen werden, dass ein Großteil kritischer Veröffentlichungen davon betroffen ist. Die Qualitätseinbußen von Bildung in Schulen und Universitäten werden auf Jahre hinweg zu spüren sein. Es wird deutlich: politische Hegemonie und Berichterstattung – sei es in den Medien oder in den Bildungseinrichtungen des Landes – gehen Hand in Hand. Die kritischen Stimmen auf der Straße und auf dem Papier sind aber dennoch weit schwerer zu unterdrücken, als die nationalistisch-faschistoide Staatsgewalt es gerne hätte. Das gewerkschaftsnahe Informationsportal Sendika hat eine ironisch-widerständige Art, mit Blockaden ihrer Plattform umzugehen. Nach jedem erfolgreichen Angriff auf die Internetseite durch die Staatsbehörden

5 <https://www.kontextwochenzeitung.de/ueberm-kesselrand/314/das-echo-eines-tuerkischen-friedensaufrufs-4297.html>

6 <https://turkeypurge.com/28-pct-decrease-in-academic-research-output-due-to-post-coup-purge-in-turkey-report>

erstellen sie eine neue Webadresse, mit einer fortlaufenden Nummer: sendika1.org, sendika2.org und so weiter. Aktuell kann die Seite unter sendika62.org besucht werden. Die Agentur JINHA lebte beispielsweise rasch als SUJIN weiter, nach einem erneuten Verbot im Sommer 2017 weiter als JinNews. In der Nachrichtenagentur, die nur von Frauen geführt wird, werden immer wieder neue kreative Wege gesucht, mit Zensur umzugehen. In ihrer Arbeit ist den Journalistinnen immer bewusst: "Deine Arbeit kann als Beweis gegen dich verwendet werden"⁷. Mit zahlreichen anderen feministischen Strukturen in der Türkei eint das Anliegen von JINHA – trotz unterschiedlicher Ausrichtungen und Strömungen – eines: Sie versuchen, kritische Frauen*stimmen hörbar zu machen. Frauen berichten über Gewalt, Ungleichheit und Unterdrückung von Frauen und machen dabei deutlich, dass der patriarchale Staat und die Regierung als Hauptquellen der Repression auszumachen sind. Die Auseinandersetzungen zwischen dem Machtapparat, den bürgerlichen Oppositionspolen sowie der bisher diffusen demokratischen Widerstandsfront mit all den kleinen Mikrokämpfen wird zeigen, wie die Situation der bislang Unterdrückten sich entwickeln wird.

Johanna Bröse, Sozialwissenschaftlerin, freie Journalistin und Redakteurin des re:volt magazine und kritischlesen.de. Arbeitsschwerpunkte: Rechte Formierungen, Rassismus, Medien, Flucht, Solidaritätsstrukturen, Widerstand, Soziale Frage.

7 <http://missy-magazine.de/blog/2017/01/18/reporterinnen-mit-grenzen/>

Eine andere Kommunikation ist möglich – Die Entwicklung eines transnationalen Netzwerks freier Medien

Christian Schröder

Das Weltsozialforum (WSF) wurde erstmalig und in der Folge zeitgleich zum jährlich stattfindenden Weltwirtschaftsforum veranstaltet. Das Weltwirtschaftsforum versammelt die politischen und wirtschaftlichen Eliten, die sich hinter verschlossenen Türen im schweizerischen Davos treffen. So konnte sich das WSF als offener Raum einer planetarischen Zivilgesellschaft im brasilianischen Porto Alegre als Gegengipfel behaupten und wurde so auch in der medialen Berichterstattung dargestellt. In der Folge kam es zu einer viralen Verbreitung der Idee, zivilgesellschaftliche Akteure zusammenzubringen, um gemeinsame Ziele auszuloten und politisch aktiv zu werden. Eine Weltsozialforumsbewegung breitete sich weltweit aus, die sich in Veranstaltung von zahllosen städtischen, ländlichen, nationalen und internationalen Sozialforumsevents manifestierte. Auf dem ersten WSF 2001 traf sich auch eine Gruppe von Journalist*innen aus verschiedenen Ländern. Unter anderem entstand das Netzwerk für eine "geteilte Kommunikation" (Comunicação Compartilhada) CIRANDA (<http://www.ciranda.net>). CIRANDA ist eine insbesondere von Journalistinnen aus Brasilien gestartete Initiative, die das Ziel verfolgt, ein Sprachrohr für Protestbewegungen zu sein und dabei möglichst die Aktivist*innen selbst sprechen zu lassen. Die Webseite war für den Verbund von Medienaktivist*innen im WSF ein zentrales Verbindungsglied: Sie bot Raum

für Autor*innen, eigene Beiträge zu ihren Protestthemen zu erstellen. Ein transnationales Netzwerk für freie Medien entstand, das auch vom Weltsozialforumsevent unabhängige Strukturen aufbaute, die zunächst projektbasiert liefen und dann auch in die Veranstaltung eigener Weltsozialforen für freie Medien übergingen. Während des WSF in Nairobi 2007 arbeitete das Netzwerk Freier Medien im Rahmen eines Projekts mit lokalen Aktivist*innen, die ein Gemeinderadio aufgebaut hatten. Ein gemeinsames Projekt zu Gemeinderadios wurde in Kooperation mit Nairobi in Brasilien realisiert. Über derartige gemeinsame Projekte entstanden und stabilisierten sich länderübergreifende Initiativen. So wurde etwa "CIRANDA Afro" (das afrikanische Pendant CIRANDAs) gegründet. Im Weltsozialforum gibt es heute nicht nur Initiativen freier Medien, die für eine mediale Präsenz des WSFs sorgen, sondern auch Initiativen, die versuchen Bewegungen miteinander dauerhaft in Kontakt zu bringen. Letzteres sind beispielsweise Initiativen wie openFSM (ein nach der Idee des offenen Raumes konzipierter Online Blog, das WSF-Extended (Verknüpfung von Veranstaltung an verschiedenen Orten über Online-Telekonferenz), Flamme d'Afrique (eine Zeitung, die noch während des Weltsozialforums erscheint und über die Vorkommnisse berichtet) oder das WSF TV (eine Seite, die Videoberichte allen zugänglich macht).

Im Jahr 2008 wurde die erste eigene Veranstaltung für freie Medien organisiert: Das *erste Weltforum der Freien Medien* wurde in Brasilien veranstaltet. Nicht mehr nur die mediale Berichterstattung über das WSF verbindet das Netzwerk freier Medien, sondern auch eine Reflexion über das eigene Thema: das Recht auf Kommunikation. Der Slogan "Eine andere Kommunikation ist möglich", etablierte sich in Anlehnung an und zugleich in Abgrenzung vom WSF-Slogan "Eine andere Welt ist möglich". Im Juli 2012 fand während der Klimakonferenz Rio +20 das zweite Weltforum der

Freien Medien statt. Hier wurde das Thema freier Medien als Recht zu informieren und als Recht informiert zu werden (als ein Gemeingut) proklamiert. Das dritte Weltforum der Freien Medien wurde im Jahr 2013 in Tunis veranstaltet. Dort wurde ein Prozess mit dem Ziel initiiert, eine eigene Charta der Prinzipien aufzustellen (ähnlich der Charta der Prinzipien des WSF), die eigene Strukturen für die Akteure im Bereich freier Medien definieren sollte und die auf dem WSF 2015 in Tunis verabschiedet und auf dem WSF 2016 in Kanada weiter debattiert wurde.

"The Brazilian situation is not isolated. Social movements have produced changes on the Latin American continent but today these changes are under attack".

Interview with Rita Freire

Rita Freire holds a degree in journalism from the "Faculdade de Jornalismo da Fundação Casper Líbero" and a post-graduate degree in International Politics from the "Fundação Escola de Sociologia e Política de São Paulo". She is the editor and coordinator of "Ciranda Internacional de Comunicação Compartilhada", as well as the director of the "Associação Internacional de Comunicação Compartilhada" (Compas). She is active in feminist social movements, the World Forum of Free Media and the International Council of the World Social Forum. Rita was elected by the Brazilian civil society as president of the Conselho Curador that is in charge of ensuring the principles and autonomy of the Brazilian Communications Company (Empresa Brasil de Comunicação, EBC), that aim at preventing the interference by the Government and the market in the programming and management of public communication.

Christian Schröder: The World Social Forum for Free Media will be organizing events and activities during the World

Social Forum taking place in March 2018. Can you tell us about the topics that will be discussed during the event?

Rita Freire: The World Forum for Free Media (WFFM) did not call for an independent edition, which usually occurs two days before the WSF, but organized many activities within the WSF and will collectively cover the World Social Forum in the manner of a collaborative communication (comunicação compartilhada). There will be a wide range of themes. Among others there will be activities discussing the issue of the trials and pressures of all kinds on the part of multinationals who want to prevent the investigation work concerning them, possibilities of research and action for the democratization of communication, including the impact of media concentration, media manipulation, fakenews on cultural diversity, a discussion about the possibilities for an inclusive, feminist and antiracist Internet and the manipulation of the hegemonic media in the political process in Brazil and elsewhere. Moreover, there will be workshops addressing

challenges and networking among community TV and radio in cross-border solidarity broadcasting as well as workshops about the political side of technologies like the question how people can have access and control of technologies in terms of internet governance or free software development. Moreover, we will discuss the future of the WFFM itself, with a meeting of representatives from America, Europe and Africa. It will also launch a publication on several topics under discussion. And it will have discussions about the role of university communication at a time when democracy is under attack, including the university itself.

Christian Schröder: In October 2018 there will be elections in Brazil. Can you tell us about the current situation of free media in Brazil?

Rita Freire: After the coup against Dilma Rousseff, the situation of free media has further deteriorated. I was elected by the civil society as president of the "Conselho Curador" of the public Brazilian Communication Company (EBC) for a term ending in 2017. However, I lost that position as soon as Michel Temer took over the presidency in April 2016. The EBC has a news agency that served state, private, free and alternative media; and a radio agency that distributed content to community radio stations. In addition to all this, the EBC had a role to organize the entire national public communication network, which involves the media of states, university as well as community and alternative media. By interfering with the EBC, Temer committed a crime against the Brazilian society, dismantling an entire democratic and plural structure of communication. Public communication is a right guaranteed by the Constitution defining that the country should have a system of communication in complementarity to the private, state and public media. Communication should not be subject to the dictates and orders of the government, political parties and the market. It should be a system that exists under the sovereign management of the civ-

il society, with participation in a deliberative character. That it is really a public communication system. In several countries of the world this communication is under the management of councils representing civil society. And this was the condition of EBC until extinguishing the "Conselho Curador". It ended its autonomy in determining that the chair of the company can be changed at any time by the President of the Republic. The Board has been replaced by a board of directors made up of government ministers, which then defines all content to be generated and distributed. This is an attack on the freedom of expression. This government felt entitled to take the public communication system out of the hands of civil society. The EBC was at the heart of this public and democratic system of communication, which was also responsible for promoting independent and regional production. We are in a phase of resistance now because if the EBC is not annihilated, it will only fulfill a role as a government press office.

Christian Schröder: How do you see the role and impact of free media in the world today?

Rita Freire: The Brazilian situation is not isolated. Social movements have produced changes on the Latin American continent but today these changes are under attack. The coup in Brazil is an example, but countries like Argentina, Venezuela, Honduras and Paraguay have also been targets of the attacks, withdrawal of social policies and overthrows of governments. And the press protects this series of attacks by saying that they are for the good of the economy. Today in Latin America and other countries the commercial interest and the interest of the government controls access of media that is again in favor of an anti-democratic ideology serving those in power and leading to a privatization of resources and the enforcement of a hegemonial culture.



Weltsozialforum Bahia2018 von midia ninja



Rita Freire auf dem Weltsozialforum in Bahia 2018 von Christian Schröder



Weltsozialforum Bahia2018 von midia ninja



Logo des Symposiums, entworfen von Antonia Frank, Studierende der ASH.

IMPRESSUM

Medienkollektiv Ciranda

Hemberger, Ulrike; Plöger, Andrea und Schröder, Christian (Hrsg.) 2018

Fotos: © Alice Salomon Hochschule Berlin



Supported by the Solidarity Fund of the Hans-Böckler-Foundation